

Die Bulgarische Orthodoxe Kirche: Last der Vergangenheit und Herausforderungen der Zukunft

Der Kollaps des Kommunismus bedeutete das Ende des Atheismus als Staatsideologie in Bulgarien. Die anschließende Wiederbelebung der Religiosität wurde jedoch durch die Unfähigkeit der einheimischen orthodoxen Kirche beeinträchtigt, angemessene Antworten über ihre Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Regime zu geben. Im Ergebnis entwickelte die Bevölkerung ein zwiespältiges Verhältnis zur Orthodoxie. Der Verehrung der Lehre und der Vollzüge der Kirche steht eine Ablehnung, ja Verdammung der kirchlichen Hierarchie entgegen. Im Jahre 1992 führte der Versuch eines Übereinkommens über die Vergangenheit zu einer Spaltung der bulgarischen Kirche in zwei Synoden. Heute ist das Schisma beseitigt, aber die Kirchenkrise hält an.

Das Schisma von 1992

Die meisten Beobachter halten das Schisma von 1992 für das Hauptsymptom der postkommunistischen Krise in der Bulgarischen Orthodoxen Kirche (BOK). Sie verbinden seinen Beginn mit Dokumenten, die in den Archiven der früheren kommunistischen Partei gefunden wurden, wonach die gewärtige bulgarische Patriarch Maxim mit persönlicher Zustimmung von Parteichef Todor Schiwkow gewählt worden ist. Das Direktorium für Religiöse Angelegenheiten erklärte Maxims Wahl für null und nichtig, da sie nicht gemäß der kirchlichen Statuten und des Gesetzes über religiöse Vereinigungen erfolgt sei. Danach verweigerten zahlreiche Mitglieder der heiligen Synode Maxim die Anerkennung und richteten eine so genannte Alternativsynode ein.

Die Spaltung war hoch politisiert. Die Alternativsynode erfreute sich der Unterstützung der UDF (Union Demokratischer Kräfte), während Patriarch Maxim von der Sozialistischen Partei unterstützt wurde. Aller-

Dr. Daniela Kalkandjieva ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Zentrums für Interreligiösen Dialog an der Universität Sofia.

dings wurde aus anderem Archivmaterial rasch ersichtlich, dass auch zahlreiche Mitglieder der Alternativsynode mit der kommunistischen Partei kollaboriert hatten, was zu einer Änderung in der Haltung der UDF führte. 1998 untersagte die Regierung schließlich die Teilnahme orthodoxer Würdenträger an staatlichen Feiertagen, sodass sich die geteilte Kirche gezwungen sah, einen kanonischen Weg zur Wiedervereinigung zu suchen.

Im Herbst 1998 versuchte das so genannte „Panorthodoxe Konzil“ in Sofia, das Schisma zu beenden. In seinem Verlauf bestätigten die orthodoxen Auslandskirchen die Anerkennung von Patriarch Maxim als kanonischem Oberhaupt der bulgarischen Kirche. 14 Bischöfe der Alternativsynode

Der politischen Spaltung in Bulgarien entsprach die kirchliche Spaltung.

wurden nach einem Reuebekenntnis von Patriarch Maxim anerkannt, erhielten allerdings niedrigere Ränge innerhalb der BOK. Das hatte zur Folge, dass die Mehrzahl binnen einer Woche zur Alternativsynode zurückkehrte. Nun bemühte sich die Regierung um eine nichtkirchliche Lösung. Am 18. Oktober 2000 gab das Oberste Verfassungsgericht die Entscheidung Nr. 6300 heraus, derzufolge die Alternativsynode als weitere Bulgarische Orthodoxe Kirche anerkannt wurde. Auf dieser Basis wurden einige orthodoxe Kirchen enteignet und der Alternativsynode übergeben. Die BOK unter Patriarch Maxim verlor ihren bisherigen juristischen Status, was auch ihre wirtschaftliche Lage erheblich verschlechterte. Da die UDF die Alternativsynode unterstützte, die Sozialistische Partei hingegen Patriarch Maxim, entsprach die kirchliche Spaltung dem zweipoligen Modell des politischen Lebens in Bulgarien.

Die Rückkehr des früheren Königs Simeon von Sachsen-Coburg-Gotha nach Bulgarien zerbrach diese Polarität. Obwohl die Politik seiner Regierung an die sozialistische Zeit erinnerte, folgte sie doch einer anderen Logik. Es ging einfach darum, die Kirche unter Patriarch Maxim als wichtige gesellschaftliche Größe in Bulgarien zu festigen. Die neue Regierung ging deshalb davon aus, dass das Panorthodoxe Konzil von 1998 eine kanonische Lösung für das Schisma gefunden hätte und es nur noch notwendig wäre, diese Lösung durch gesetzliche Mittel in die Tat umzusetzen. Folgerichtig wurde durch das Namensgesetz von 2002, Art. 10, festgelegt: Die orthodoxe Kirche ist im Lande repräsentiert durch „die Autokephale Bulgarische Orthodoxe Kirche, die unter dem Namen ‚Patriarchat‘ der legitime Nachfolger des bulgarischen Exarchats und ein Mitglied der Vereinigten, Heiligen, Ökumenischen und Apostolischen

Kirche ist. Sie wird geleitet von der Heiligen Synode und repräsentiert durch den Bulgarischen Patriarchen, der auch Metropolit von Sofia ist.” Damit war zugleich eine Anerkennung der Alternativsynode ausgeschlossen, denn deren Oberhaupt, Metropolit Inokentii von Sofia, war ohne Patriarchenwürde.

Das Problem des Kircheneigentums

Die neue Rechtslage zog vor allem deshalb Kritik nach sich, weil das Kircheneigentum nun allein der Synode von Maxim unterstand. An der Rückgabe des riesigen Besitzes (Ackerland, Wälder, Immobilien), der kürzlich auf einen Wert von 5 Milliarden € geschätzt worden ist, entzündeten sich heftige Parlamentsdebatten. Es ist durchaus anzunehmen, dass das Schisma eher wegen der Rückgabefrage ausgelöst wurde als aus politischen Gründen.

Im Juli 2004 konfiszierten Polizeikräfte auf der Grundlage von Art. 10 250 Kirchen und andere Baulichkeiten der Alternativsynode und übergaben sie der Synode von Patriarch Maxim. Dies bedeutete das formale Ende der Alternativsynode, aber nicht das Ende der Krise in der BOK. Im gleichen Jahr richtete die Alternativsynode eine Reihe von Beschwerden an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, dessen Entscheidung für 2008 erwartet wird. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates empfahl außerdem, entweder das betreffende Gesetz bezüglich der Anerkennung der BOK aufzuheben oder aber zu verdeutlichen, dass ihre Leitung durch eine besondere Form von Gesetzen, z. B. orthodoxe Rechtsvorschriften, geregelt werden könne. Die Verantwortlichen in Bulgarien reagierten jedoch nicht. Das Ende des Schismas beendete übrigens auch nicht den Missbrauch von Kircheneigentum durch einige Metropoliten (Verwicklung in dunkle Geschäfte usw.). Inzwischen hat die Alternativsynode sehr gute Chancen, in Straßburg zu gewinnen.

Fortsetzung der Auseinandersetzung auf europäischer Ebene.

Last der Vergangenheit und Herausforderung für die Gegenwart

In Ergänzung zu den rechtlichen, politischen und finanziellen Problemen wird die gegenwärtige Situation der BOK auch von der Haltung der

Bevölkerung zu ihrer Zusammenarbeit mit dem Kommunismus geprägt. Dazu lassen sich folgende Positionen erkennen:

Auf der *einen Seite* macht man es sich sehr einfach, indem man die kommunistische Vergangenheit völlig verdammt und auf eine volle Wiederherstellung der vorkommunistischen Kirche-Staat Beziehung hinarbeitet. Diese Haltung wird überwiegend von der orthodoxen Hierarchie und nationalistischen Parteien unterstützt. Sie leugnen die Tatsache, dass eine Ablehnung des Atheismus nicht gleichbedeutend mit dem Ende des säkularen Staates ist. Die *andere Seite* wird von den Menschen repräsentiert, die die Last der Vergangenheit überbetonen und die Führungskräfte der bulgarischen Kirche als Verräter an der wahren Orthodoxie verdammen. Ihre Haltung stellt die Autorität des Episkopats in Frage und untergräbt die Fundamente der orthodoxen Kirche. Schließlich gibt es noch eine *mittlere Haltung*. Diese wird von Laien vertreten, die den säkularen Staat als Schiedsrichter in den interreligiösen und innerkirchlichen Beziehungen ansehen. Ihrer Ansicht nach lässt sich so ein *modus vivendi* zwischen den Prinzipien der Menschenrechte und des Pluralismus und den orthodoxen Vorschriften erreichen.

Die erstgenannte Position ist für die Entwicklung Bulgariens nicht ungefährlich, findet aber großen Zuspruch. So betont die Präambel des Religionsgesetzes von 2002 die Idee der religiösen Tradition, indem sie „die besondere traditionelle Rolle der Bulgarischen Orthodoxen Kirche zur Bewahrung und Entwicklung von Bulgariens geistiger Kultur im Laufe der Geschichte“ heraushebt. Dies verstärkt eine Entwicklung, die darauf zielt, alle nicht-orthodoxen Bürger aus der bulgarischen Nation auszuschließen. Verschärfend wirkt sich die Unterentwicklung der religiösen Kultur bulgarischer Bürger durch die Indoktrinierung in den Jahren des kommunistischen Atheismus aus. Selbst religiös tolerante Menschen haben Schwierigkeiten, Orthodoxie und Christentum nicht gleichzusetzen. Einige verteidigen den religiösen Pluralismus damit, dass „die bulgarische Gesellschaft nicht ganz christlich ist, ...(weil) es doch auch Katholiken und andere Gemeinschaften gibt.“

Es sieht so aus, als ob diejenigen Reformen in der Kirche, die von Laien durchgeführt wurden, mehr Veränderungen bewirken als die, die der Klerus initiiert, weil man einfach näher am wirklichen Leben ist. Ob eine erfolgreiche Reform der BOK am Ende stehen wird, wird davon abhängen, wie sich die Hierarchie insgesamt entwickelt. Ein Fehlschlagen wird neue Konflikte, zumindest aber eine Veränderung in der religiösen Landkarte Bulgariens nach sich ziehen.